

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)

Waldshut-Tiengen,
13. Juli 2020

Beginn der Sitzung: 19:05 Uhr
Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

Ort: Tiengen, Öffentliche
Stadthalle Sitzung

Vor der Sitzung hat der Gemeinderat die Baustelle der Schule Breitenfelder Straße (Hans-Thoma-Schule) besichtigt.

Der Oberbürgermeister stellt die Frage, ob es Einwendungen zur Tagesordnung gibt – dies ist nicht der Fall.

62.

Fragestunde

Verkehrssituation Gurtweil

Ein Bürger aus Gurtweil nimmt Bezug auf einen von ihm verfassten Leserbrief zu einer Geschwindigkeitsmessung in Gurtweil, wo ein Autofahrer mit 114 km/h gemessen worden sei. Er stellt die Frage, was die Stadt dagegen unternehmen wolle und schlägt das Aufstellen fester Blitzer-Anlagen vor.

Oberbürgermeister Dr. Frank antwortet, dass man um dieses Problem wisse und deshalb den städtischen Gemeindevollzugsdienst bereits um ein Blitzer-Team aufgestockt habe und man versuche, dieses Problems Herr zu werden.

Bürgermeister Baumert weist ergänzend auf den Lärmaktionsplan hin, nach dem in gewissen Abständen verkehrsberuhigte Bereiche eingerichtet werden könnten; dies wolle man ebenfalls in Angriff nehmen.

Verlegung Umspannwerke Gurtweil und Tiengen

Ein Bürger aus Gurtweil nimmt Bezug auf die in der letzten Sitzung bekannt gegebene Stellungnahme der Netzbetreiber zur Machbarkeitsstudie für die Verlegung der Umspannwerke und erkundigt sich nach den weiteren Maßnahmen. Außerdem weist er darauf hin, dass die Bahn im Zuge der Elektrifizierung des Hochrheins ein Umrichterwerk an eines der vorhandenen Umspannwerke anschließen möchte und stellt die Frage, ob dies Auswirkungen auf eine mögliche Verlegung der Umspannwerke hätte.

Oberbürgermeister Dr. Frank antwortet, dass man die Netzbetreiber angeschrieben habe, mit der Bitte, innerhalb einer Frist von 3 Monaten einen zeitlichen Korridor mitzuteilen. Bezüglich des Vorhabens der Bahn antwortet er, dass diese Absicht bekannt sei.

63.

Volkshochschule Waldshut-Tiengen: Information: Jahresbericht 2019 und Programm 2020/21

Oberbürgermeister Dr. Frank verweist auf die Sitzungsvorlage.

Auf die Nachfrage von Stadträtin Adelheid Kummler, FW-Fraktion, warum sich der Zuschussbedarf im Jahr 2019 gegenüber den Vorjahren drastisch erhöht hätte, antworten Cindy Fehrenbacher, VHS-Geschäftsführerin, und Kämmerer Martin Lauber, dass dies mit der

Umstellung auf das Neue Haushalts- und Kassenrecht NHKR zusammenhänge, wo Leistungen anderer Ämter als Verrechnungen zu buchen seien, was vorher nicht der Fall gewesen sei. Auf die weitere Frage, warum der Anteil nicht förderfähiger Veranstaltungen zugenommen hätte, antwortet Frau Fehrenbacher, dass dies mit der Steigerung bei Firmenkursen zusammen hänge, die jedoch kostendeckend durchgeführt würden.

Auf die Frage von Stadtrat Peter Kaiser, CDU-Fraktion, was man tun würde, um den Kostendeckungsgrad wieder zu erhöhen, antwortet Frau Fehrenbacher, dass der Rückgang auch mit dem Wegfall von Dozenten, z.B. bei EDV-Kursen, zusammengehangen hätte; inzwischen sei es gelungen, neue Dozenten zu finden.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den VHS-Bericht des Jahres 2019 zur Kenntnis und beschließt das Konzept des neuen Jahresprogramms für den Zeitraum September 2020 bis August 2021 wie in der Sitzungsvorlage dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

64.

Grundschultausch Tiengen:

Beförderungstarife für Wohnortfahrkarte

Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadträtin Nathalie Rindt, CDU-Fraktion, weist auf eine Ungleichbehandlung bei den Erstklässlern hin; man müsse sich Gedanken machen, wie man diese beseitigen könne.

Oberbürgermeister Dr. Frank empfiehlt, zunächst abzuwarten, wie sich die Anmeldezahlen entwickeln würden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die aktuellen Tiengener Grundschüler und die zukünftigen Erstklässler des Schuljahrs 2020/21 bei Nutzung der Wohnortfahrkarte zum Erreichen der gewählten Grundschule in Tiengen für die kommenden vier Schuljahre kostenmäßig gleichzustellen. Dabei soll für diese Kinder der aktuelle Tarif für den jeweils eigenen Schulbezirk gelten (20% Eigenanteil). Sollten die Eigenanteilsvorgaben des Landkreises darüber liegen, übernimmt die Stadt den Unterschiedsbetrag für die Eltern.

Die dafür erforderlichen Mittel werden außerplanmäßig auf der Haushaltsstelle 21.40.01.00 / 10.10.20.20 / 4318000 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

65.

Schule Breitenfelder Straße (Hans-Thoma-Schule):

Vergabe Schulmöbel

Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, möchte, dass ein zweites Angebot eingeholt wird.

Norbert Bodmer, Hauptamt, verweist diesbezüglich auf die Vorschriften des Vergaberechts.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für die Lieferung der Schulmöbel an die Firma Hohenloher zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

66.**Evangelischer Kindergarten Waldshut:
Antrag auf Mitfinanzierung einer Baumaßnahme**

Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, regt an, künftig bei solchen Themen eine Besichtigungsfahrt durchzuführen oder in den Sitzungen Bilder zu präsentieren.

Oberbürgermeister Dr. Frank begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Leiterin des Evangelischen Kindergartens, Frau Wolf, die auf Nachfrage von Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, die Nutzung der Küche näher erläutert.

Auf die weitere Nachfrage von Stadträtin Kummle, ob für den Austausch der Küchenfronten und Türen Vergleichsangebote eingeholt worden seien, antwortet der Oberbürgermeister, dass er dies als Anregung in die nächste Trägerbesprechung mitnehmen werde.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dem Evangelischen Kindergarten Waldshut für die dargestellte Baumaßnahme einen Zuschuss in Höhe von 80% der Baukosten (max. 11.600 Euro) zuzusagen. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt im Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
3 Enthaltungen

67.**Straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen:
Erteilung Einvernehmen**

Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert die vorgesehenen Einzelmaßnahmen gemäß Sitzungsvorlage.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

1. Der Gemeinderat gibt das Einvernehmen zur Erweiterung der Bewohnerparkzone 3 im Stadtteil Waldshut.
2. Der Gemeinderat gibt das Einvernehmen zur Erweiterung der Tempo 30-Zone in der Straße „Am Vitibuck“ im Stadtteil Tiengen.
3. Der Gemeinderat gibt das Einvernehmen zur Anordnung eines verkehrsberuhigten Bereiches in einem Teilabschnitt der Eschenstraße im Stadtteil Waldshut.
4. Der Gemeinderat gibt das Einvernehmen zur Anordnung eines verkehrsberuhigten Bereiches im hinteren Teil der unteren Haspelstraße im Stadtteil Waldshut.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

68.**Klettgau Carré:****Information: Vorstellung Projektstand durch den Investor**

Oberbürgermeister Dr. Frank begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Schleith und Herrn Schmidt, Schleith GmbH, sowie Architekt Jürgen Löffler, G J L-Architekten, Karlsruhe.

Herr Schleith erläutert anhand der beigelegten Präsentation die Veränderungen der aktuellen Planung gegenüber der bisher vorgelegten Planung. Da die Nachfrage nicht so gewesen sei, wie er dies erwartet hatte, habe er sich dazu entschlossen, das Projekt mit 1 Geschoss weniger zu bauen.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, stellt die Frage, welche Auswirkungen diese Änderungen auf den städtebaulichen Vertrag oder auf den Bebauungsplan hätten; falls hier Änderungen notwendig wären, solle man diese zügig umsetzen.

Herr Schleith weist bezüglich Anzahl der Stellplätze darauf hin, dass man durch den Ankauf des Grundstücks des Autohauses die vereinbarte Zahl von 180 Stellplätzen trotzdem erreichen werde.

Auf Frage von Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, nach den Veränderungen im 2. Untergeschoss antwortet Herr Schleith, dass sich die Preise für die Tiefgaragenplätze wegen der Bodenbeschaffenheit unglaublich verteuern würden, aber man trotzdem insgesamt 211 Parkplätze, anstelle der vereinbarten 180 Plätze, schaffen würde.

Auf die Frage von Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, warum man im 1. OG keine Wohnungen vorsehe, antwortet Architekt Löffler, dass Wohnungen wegen der übrigen vorgesehenen Nutzungen funktional nicht zu machen seien.

Auf weitere Nachfrage von Stadträtin Kummle, wann mit dem Spatenstich zu rechnen sei, antwortet Herr Schleith, dass man mit dem Projekt noch in diesem Jahr anfangen möchte; dies liege aber nicht alleine in eigener Hand.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, erkundigt sich, was seitens der Verwaltung einer Genehmigung entgegenstehe.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass zunächst ein neuer Bauantrag eingereicht werden müsse, der dann zu prüfen und mit den zu beteiligenden Behörden abzustimmen sei.

Ergänzend führt Bürgermeister Baumert aus, dass man zusammen mit Herrn Schleith prüfen müsse, ob und welche Änderungen des städtebaulichen Vertrages notwendig seien.

Stadtrat Jörg Holzbach, FW-Fraktion, fordert dazu auf, dem Investor das Signal zu geben, dass man mit den Änderungen einverstanden sei.

Bürgermeister Baumert betont, dass die Stadt größtes Interesse habe, dass das Projekt zur Umsetzung komme.

Herr Schleith weist abschließend darauf hin, dass gemäß geschlossenem Kaufvertrag, das Bodenrisiko bei der Stadt verbleibe.

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

69.

Spenden

Es liegen keine Spenden vor.

70.

Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

71.

Verschiedenes

Anwohnerparken Bergstraße

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, nimmt Bezug auf die beschlossene Bewirtschaftung des oberen Chilbiplatzes und möchte wissen, wann die betroffenen Anwohner wegen einer Parkberechtigung angeschrieben werden.

Jürgen Wiener, Ordnungsamt, antwortet, dass die Aufforderung auf verschiedenen Ebenen veröffentlicht worden sei; ein Anschreiben sei nicht gemacht worden, weil man den Bedarf hierfür nicht kenne.

Maskenpflicht gemäß Corona-Verordnung

Stadträtin Daniela Tayari, GRÜNE-Fraktion, nimmt Bezug auf Veröffentlichungen, wonach sich Schweizer Kunden nicht an die nach der Corona-Verordnung bestehende Maskenpflicht halten würden und erkundigt sich, ob es in Waldshut-Tiengen diesbezüglich auch Probleme gegeben hätte; sie regt hierzu einen Brief des Oberbürgermeisters an die Gewerbetreibenden an.

Oberbürgermeister Dr. Frank antwortet, dass es diesbezügliche Hinweise an die Gewerbebetriebe bereits in anderer Form gegeben hätte.

Ordnungsamtsleiter Ralph Albrecht ergänzt, dass der Gemeindevollzugsdienst bei entsprechenden Hinweisen, das Gespräch mit den betreffenden Geschäftsinhabern/-innen suche und hierbei auf die Einhaltung der Maskenpflicht hinweise; seit dem 1. Juli seien hierbei auch Sanktionen möglich.

Bauarbeiten Kolpingbrücke

Auf Nachfrage von Stadtrat Jörg Holzbach, FW-Fraktion, wann die Bauarbeiten an der Kolpingbrücke endgültig abgeschlossen seien, antwortet Tiefbauamtsleiter Theo Merz, dass alle noch verbleibenden Arbeiten in der Zuständigkeit des Bundes lägen und diese bis Ende August abgeschlossen sein sollten; im Einzelnen handle es sich um das Herrichten der Grünstreifen und Anbringen der Geländer entlang der Rampen sowie Markierungsarbeiten.

Grundstück zwischen Eschbach und B 500

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, teilt mit, dass zwischen Eschbach und der B 500 vom Landkreis eine Grundstücksfläche als Ausgleichsfläche abgeholzt worden sei. Er sehe die Gefahr, dass sich an diesem Hang Steine lösen könnten und bittet um Prüfung,

wer verantwortlich bzw. haftbar sei, wenn dieser Fall eintreten und jemand zu Schaden kommen würde.

Oberbürgermeister Dr. Frank sagt eine Überprüfung zu.

Kinder Villa Stoll

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, teilt mit, dass ihm bezüglich der im Wolfsackerweg geplanten Kinder Villa Stoll wegen befürchteter Verkehrsprobleme Bedenken von Bürgern vorgetragen worden seien und stellt die Frage, was seitens der Verwaltung vorgesehen sei.

Oberbürgermeister Dr. Frank antwortet, dass insgesamt 15 Parkplätze geschaffen würden, die man für ausreichend halte.

Bürgermeister Baumert führt ergänzend aus, dass dieser Punkt auch im Rahmen der Baugenehmigung geprüft werde.

Des Weiteren berichtet Jürgen Wiener, Straßenverkehrsbehörde, über die stattgefundene Begehung.

Verlegung Umspannwerke „Tiengen“ und „Gurtweil“

Stadträtin Nathalie Rindt, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf die Frage des Bürgers Engelbert Maier unter Tagesordnungspunkt „Fragestunde“ und meint, dass die Fragestellung von Herrn Maier in Bezug auf das Umrichterwerk der Bahn nicht richtig verstanden worden sei; die Frage sei, ob die Bahn auch noch andere Möglichkeiten hätte.

Bürgermeister Baumert führt aus, dass die Bahn bei verschiedenen Netzbetreibern, u.a. Firma Amprion, angefragt habe, wobei die Stadt keinen Einfluss hierauf hätte. Laut Auskunft der Firma Amprion könne aber ein Umrichterwerk bei einer späteren Verlegung der Umspannwerke ebenfalls auf den Hungerberg verlagert werden.

Aufzug am Tiengener Rathaus

Stadtrat Maximilian Wagner, CDU-Fraktion, erinnert an die beschlossene Anbringung eines Aufzuges am Tiengener Rathaus und möchte, dass diese Maßnahme voran gebracht wird.

Oberbürgermeister Dr. Frank antwortet, dass die hierfür erforderlichen Mittel frühestens in den Haushalt 2021 eingeplant werden könnten, wobei es jedoch wegen Corona ungewiss sei, ob dies 2021 der Fall sei. Er verweist hierzu auf die kommenden Haushaltsberatungen.

Wanderweg Homburg – Tiengen

Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, weist darauf hin, dass der Wanderweg von Homburg nach Tiengen im Bereich des Langenstein-Stadions, vor allem für Kinder, gefährlich sei. Sie bittet darum, diese Stelle auszubessern oder den Weg zu sperren.

Oberbürgermeister Dr. Frank sagt eine Überprüfung zu.

gez.

Dr. Philipp Frank,
Oberbürgermeister

gez.

Klaus Teufel,
Protokollführer